

Straßenreinigung und Winterdienst in der kommunalen Praxis

Rechtsgrundlagen –
Organisation – Aufgaben

Von

Dr. Manfred Wichmann

Hauptreferent beim

Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen

6., neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

ESV.info/978 3 503 11641 6

1. Auflage 1995

...

6. Auflage 2009

ISBN 978 3 503 11641 6

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2009

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus Stempel Garamond 10/12 Punkt

Satz: stegisum, Berlin

Druck und Bindung: Danuvia Druckhaus, Neuburg/Donau

Vorwort zur 6. Auflage

Meine Hochachtung gilt den Frauen und Männern, die täglich im Interesse und zum Wohle dieser Gesellschaft Straßen reinigen, räumen und bestreuen. Ihnen soll dieses Buch auch künftig ein kompetenter Ratgeber sein, mit dessen Hilfe sie schnell Zweifelsfragen lösen und somit Rechtssicherheit gewinnen.

Wiederum habe ich versucht, Anregungen und Kritik aufzugreifen. Dieses Werk lebt vom Dialog mit der Praxis. Deshalb bin ich weiterhin an Hinweisen stets interessiert. Besonders freut mich, daß die Rechtsprechung den hier vertretenen Ansätzen weitestgehend folgt und keine unerfüllbaren Reinigungsstandards aufstellt.

Bonn, im Juli 2009

Der Verfasser

Vorwort zur 1. Auflage

Dieses Buch hat ein doppeltes Ziel: Zum einen wird in ihm die Rechtslage bei Straßenreinigung und Winterdienst in Städten und Gemeinden dargestellt. Zum anderen werden Probleme aus der kommunalen Praxis geschildert, die im Rahmen der Straßenreinigung und des Winterdienstes auftreten, sowie Lösungsmöglichkeiten gezeigt.

Dem Buch liegt ein ganzheitlicher Ansatz zugrunde. Straßenreinigung und Winterdienst werden als Einheit betrachtet. Der überwiegende Teil der Rechtsfragen stellt sich in gleicher Weise für Straßenreinigung und Winterdienst. Deshalb wird auf eine getrennte Darstellung verzichtet und stattdessen werden die beiden Komplexe unter dem Oberbegriff „Reinigung“ zusammenbehandelt. Anders ausgedrückt: Immer wenn die Bezeichnung „Reinigung“ verwendet wird, gelten die Ausführungen gleichermaßen für Straßenreinigung und Winterdienst. Dort wo sich die Rechtslage unterscheidet, werden ausdrücklich die Begriffe „Straßenreinigung“ (oder Sommerreinigung) und „Winterdienst“ benutzt.

Die Rechtslage wird anhand der für Nordrhein-Westfalen geltenden straßenreinigungsrechtlichen Vorschriften behandelt. Nur wenn sich landesrechtliche Abweichungen ergeben, wird auf die spezifischen Besonderheiten anderer Bundesländer eingegangen.

Das Buch ist ein Ratgeber für die kommunale Praxis. In ihm werden Aufgabe, Organisation und Rechtslage der Reinigung kommunaler Straßen dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse und Fragestellungen der Städte und Gemeinden. Unter dem Sammelbegriff „Kommunen“ oder „Gemeinden“ werden nachfolgend Städte und Gemeinden gleichermaßen verstanden, weil die Rechtslage regelmäßig identisch ist. Sollte dies ausnahmsweise einmal nicht der Fall sein, wird hierauf besonders hingewiesen.

Neben den kommunalen Bediensteten, die in Rechts- und Ordnungsämtern, Bau- und Bauordnungsämtern, Kämmerereien und Bauhöfen mit Fragen der Straßenreinigung und des Winterdienstes befaßt sind, wendet sich das Buch insbesondere auch an den reinigungspflichtigen Bürger. Anhand der rechtlichen Ausführungen ist er in der Lage, seine Rechte und Pflichten zu erkennen und sich dementsprechend zu verhalten. Dies ist von besonderer Bedeutung, werden doch Straßenreinigung und Winterdienst als erweitertes Umweltrecht verstanden.

Bonn, im Mai 1995

Der Verfasser

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort zur 6. Auflage	5
Vorwort zur 1. Auflage	6
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	19
1 Rechtslage der Reinigung von Straßen, Wegen und Plätzen	27
1.1 Abgrenzungen	27
1.2 Umfang der Reinigungspflicht für Städte und Gemeinden	45
1.3 Übertragung der Reinigungspflichten auf die Anlieger ..	205
2 Organisation und Haftung	293
2.1 Dienstanweisungen, Reinigungs-/Streupläne und Reinigungs-/ Streubücher	296
2.2 Ordnungsgemäßes Funktionieren der Organisation	302
2.3 Auswahl-, Schulungs- und Überwachungspflichten.	318
2.4 Verletzung von Reinigungs-/Verkehrssicherungspflichten	324
2.5 Beweislast	331
2.6 Haftungsumfang/Prüfung des Mitverschuldens	338
2.7 Zulässigkeit der Klage und von Rechtsmitteln	348
2.8 Einzelfälle	350
2.9 Privatisierung der Reinigung	372
3 Reinigung aus ökologischer Sicht	389
3.1 Sommerreinigung: Einsatz von chemischen Unkrautbekämpfungsmitteln	389
3.2 Richtiges Streumittel im Winterdienst	390
3.3 Verallgemeinernder Ansatz zur Prüfung, welches Streumittel das richtige ist	403
3.4 Wirkungen auftauender Stoffe	411
3.5 Wirkungen abstumpfender Stoffe	413
3.6 Rechtliche Konsequenzen aus diesen Überlegungen	418

Inhaltsübersicht

3.7	Tatsächliche Möglichkeiten zur Streusalzreduzierung . . .	424
3.8	Einsatz von Feuchtsalz	427
3.9	Tatsächliches Verhalten von Kommunen im Winterdienst	429
3.10	Ausländische Erfahrungen	432
3.11	Wirksamkeit von Winterdienst	435
3.12	Winterverhaltensdiskussion	436
3.13	Ergebnisse des 27. und 41. Deutschen Verkehrsgerichtstags	438
3.14	Weitere gute Vorschläge	440
4	Reinigung und Gebühren.	443
4.1	Kommunale Pflicht zur Gebührenerhebung, besonders auch beim Winterdienst	448
4.2	Voraussetzungen der Gebührenerhebung	458
4.3	Kalkulation des Gebührensatzes	502
4.4	Verteilung der Gebührensätze auf die Grundstückseigentümer	531
4.5	Zum Rechtsweg bei Streitigkeiten wegen Straßenreinigungsentgeltforderungen	574
4.6	Rechtspolitische Entwicklungen	575
	Anhänge	579
	Literaturverzeichnis	619
	Stichwortverzeichnis	641

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur 6. Auflage	5
Vorwort zur 1. Auflage	6
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	19
1 Rechtslage der Reinigung von Straßen, Wegen und Plätzen	27
1.1 Abgrenzungen	27
1.1.1 Straßenbaulast	27
1.1.2 Verkehrssicherungspflicht	30
1.1.3 Reinigungspflicht nach dem Straßenreinigungsrecht	39
1.2 Umfang der Reinigungspflicht für Städte und Gemeinden	45
1.2.1 Räumlicher Umfang	45
1.2.1.1 Öffentliche Straße	45
1.2.1.2 Reinigungspflicht bei Interessenten-/Wirtschaftswegen. .	50
1.2.1.3 Geschlossene Ortslage	52
1.2.1.3.1 Lücken im baulichen Zusammenhang von 150 Metern und mehr.	55
1.2.1.3.2 Einseitige Bebauung	56
1.2.1.4 Besonderheit: Klassifizierte Straßen	57
1.2.2 Inhaltlicher Umfang	60
1.2.2.1 Straßenreinigung	60
1.2.2.1.1 Äste/Laub/Straßenbegleitgrün	63
1.2.2.1.2 Unkrautentfernung	66
1.2.2.1.3 Papierkorbreinigung	66
1.2.2.1.4 Sinkkästen/Straßengräben	68
1.2.2.1.5 Hundekot/Tierkot	69
1.2.2.1.6 Einwegspritzen/Fixerutensilien	71
1.2.2.1.7 Straßenverunreinigungen durch Demonstrationen/Umzüge/ Sonderveranstaltungen	72
1.2.2.2 Winterdienst	74
1.2.2.2.1 Grundsätzliches	74

Inhaltsverzeichnis

1.2.2.2.2	Verhältnis der Räumspflicht zur Streupflicht.	76
1.2.2.2.3	Gedanke der Zumutbarkeit	76
1.2.2.2.4	Untersuchung, was Kommunen zumutbar ist	84
1.2.2.2.5	Rechtspflichten der Kommunen im Winterdienst zum Schutz des Fahrverkehrs innerhalb geschlossener Ortslagen	85
1.2.2.2.5.1	Schutz des Fahrverkehrs an gefährlichen und verkehrswichtigen Stellen der Fahrbahn.	85
1.2.2.2.5.2	Andere Auffassung der Obergerichte in Nordrhein-Westfalen	87
1.2.2.2.5.3	Grundsatzentscheidung des BGH vom 5.7.1990.	87
1.2.2.2.5.3.1	Inhalt und Bewertung des BGH-Urteils	88
1.2.2.2.5.3.2	Die BGH-Entscheidung ist auf den Räumdienst übertragbar	90
1.2.2.2.5.4	Gefährliche und verkehrswichtige Stellen auf der Fahrbahn.	91
1.2.2.2.5.4.1	Gefährliche Stelle	91
1.2.2.2.5.4.2	Einzelfälle gefährlicher Stellen	97
1.2.2.2.5.4.2.1	Unterschiedlicher Straßenzustand	97
1.2.2.2.5.4.2.2	Einmündung einer Nebenstraße in eine Hauptverkehrsstraße	97
1.2.2.2.5.4.2.3	Straßenkreuzung/Fahrspuren	98
1.2.2.2.5.4.3	Verkehrswichtige Stelle.	100
1.2.2.2.5.4.4	Einzelfälle verkehrswichtiger Stellen	104
1.2.2.2.5.4.4.1	Verkehrsberuhigte Zone/Kleinstadtstraße/Gewerbege- biet/Ferienhaussiedlung	104
1.2.2.2.5.4.4.2	Laubengang	105
1.2.2.2.5.4.4.3	Schulbusverkehr/Öffentlicher Personennahverkehr/ Müllentsorgung	105
1.2.2.2.5.4.4.4	Einmündungsbereich von Nebenstraßen in Hauptstraßen	106
1.2.2.2.5.4.5	Aufnahme des Einmündungsbereichs in den kommunalen Streuplan.	108
1.2.2.2.5.4.6	Tatsächliche Vornahme von Streumaßnahmen	111
1.2.2.2.5.4.7	Variante des OLG Celle	112
1.2.2.2.5.5	Winterdienstpflichten aus vorangegangenem Tun	113
1.2.2.2.5.6	Winterdienstpflichten bei der Beseitigung von Streugut nach der Winterdienstperiode.	113
1.2.2.2.5.7	Winterdienstpflichten auf Fahrbahnen außerhalb geschlossener Ortslagen	116

Inhaltsverzeichnis

1.2.2.2.5.8	Exkurs: Reinigungspflichten der Polizei.	124
1.2.2.2.6	Rechtspflichten der Kommunen im Winterdienst zum Schutz des Fußgängerverkehrs	125
1.2.2.2.6.1	Gehwege (Bürgersteige)	127
1.2.2.2.6.2	Gehweg an Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs/ Busbahnhöfe	135
1.2.2.2.6.3	Fußgängerwege.	138
1.2.2.2.6.4	Fußgängerüberwege	140
1.2.2.2.6.5	Fußgängerzonen/Plätze	147
1.2.2.2.6.6	Winterdienstspflichten beim Fehlen eines Bürgersteigs...	150
1.2.2.2.6.7	Winterdienstspflichten bei baustellenbedingter Sperrung eines Gehwegs	152
1.2.2.2.6.8	Winterdienstspflichten bei zugeparktem Gehweg oder bei Hindernissen auf dem Gehweg.	153
1.2.2.2.6.9	Winterdienstspflichten bei fehlender Beleuchtung.	154
1.2.2.2.6.10	Streupflicht an Markttagen/bei Sondernutzungen	154
1.2.2.2.6.11	Reinigungspflichten für Gehwege allein innerhalb geschlossener Ortslagen	156
1.2.2.2.7	Rechtspflichten der Kommunen in Sonderfällen	159
1.2.2.2.7.1	Schutz von Fahrradfahrern, insbesondere Radwege.	159
1.2.2.2.7.2	Kombinierte Geh- und Radwege	164
1.2.2.2.7.3	Parallel nebeneinander verlaufende Gehwege und Radwege	167
1.2.2.2.7.4	Verkehrsberuhigte Bereiche	167
1.2.2.2.7.5	Mischflächen.	167
1.2.2.2.7.6	Mehrzweckstreifen	168
1.2.2.2.7.7	Öffentliche Parkplätze/Parkuhren/Parkbuchten	168
1.2.2.2.7.8	Private Parkplätze.	173
1.2.2.2.7.9	Tiefgaragenzufahrten	176
1.2.2.2.7.10	Bahnhöfe/Bahnsteige/Bahnübergänge/Straßenbahnen. ..	176
1.2.2.2.7.11	Metallschienen auf einer Brücke/Wertstoffcontainer/ Kommunale Toiletten/Spielplätze/Kanaldeckel	177
1.2.2.2.7.12	Friedhöfe/Parkanlagen	179
1.2.2.2.7.13	Autobahnraststätten/Gaststätten/Diskotheiken/Auto- waschanlagen/Tankstellen/Schul- und Betriebshöfe/Flughäfen	181
1.2.2.2.8	Weitere inhaltliche Anforderungen an den Umfang der Winterdienstspflichten	183

Inhaltsverzeichnis

1.2.2.2.8.1	Schnelligkeit des Einsatzes/Wiederholtes Streuen oder Räumen.	183
1.2.2.2.8.2	Winterdienstspflichten bei extremer Witterung	187
1.2.2.2.8.3	Winterdienstspflichten zum Schutz ortskundiger Fahrer	191
1.2.2.2.8.4	Vorbeugendes Streuen.	192
1.2.2.2.8.5	Zeitraum	194
1.2.2.2.8.5.1	Schutz des Hauptberufsverkehrs	194
1.2.2.2.8.5.1.1	Werktags gegen sieben Uhr.	195
1.2.2.2.8.5.1.2	Samstags gegen 8.00 Uhr	197
1.2.2.2.8.5.1.3	Sonn- und feiertags gegen 9.00 Uhr	198
1.2.2.2.8.5.2	Untersuchung, wann die Kommune mit Winterdienstmaßnahmen beginnen muß	198
1.2.2.2.8.5.3	Ende des Hauptberufsverkehrs am Abend	199
1.2.2.2.8.5.4	Kein nächtlicher Winterdienst zum Schutz des Fahrverkehrs.	201
1.2.2.2.8.5.5	Nächtlicher Schutz für speziellen Fußgängerverkehr.	203
1.2.2.2.8.5.6	Übertragbarkeit der Überlegungen auf den nächtlichen Schutz für speziellen Fahrzeugverkehr.	204
1.3	Übertragung der Reinigungspflichten auf die Anlieger	205
1.3.1	Anlieger haben keinen Anspruch auf Übertragung der Reinigung	210
1.3.2	Übertragung nur in dem Umfang, in dem die Pflicht für die Kommune selbst besteht.	214
1.3.3	Übertragung der Reinigungspflichten nur durch Satzung oder Verordnung.	216
1.3.3.1	Eigentümer (bzw. gleichgestellte Personen)	236
1.3.3.2	Angrenzendes und erschlossenes Grundstück	247
1.3.3.2.1	Angrenzendes Grundstück	247
1.3.3.2.2	Erschlossenes Grundstück	253
1.3.3.2.2.1	Einzelfälle	257
1.3.3.2.2.1.1	Selbständiger Fuß- und Wohnweg	257
1.3.3.2.2.1.2	Lärmschutzwall/Leitplanke/Hecke/Tunnel/Gleise	257
1.3.3.2.2.1.3	Sehr steile Böschung	257
1.3.3.2.2.1.4	Einseitiger Gehweg.	258
1.3.3.2.2.1.5	Stützmauern	259
1.3.3.2.2.2	Reinigungspflicht für Eigentümer öffentlicher Verkehrsflächen	260
1.3.3.2.2.3	Reinigungspflicht der Eisenbahngesellschaften	261
1.3.3.3	Unerheblichkeit der konkreten Grundstücksnutzung	263

1.3.4	Umfang der Reinigungspflichten	264
1.3.4.1	Reinigungserleichterungen für Kommunen gelten nicht für Anlieger.	267
1.3.4.2	Kommune als Anliegerin	270
1.3.4.3	Gedanke der Zumutbarkeit (Überbürdung).	274
1.3.4.3.1	Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen des Anliegers.	275
1.3.4.3.2	Übertragung der Fahrbahnreinigung und Gedanke der Zumutbarkeit	278
1.3.4.3.2.1	Hauptverkehrsstraßen	279
1.3.4.3.2.2	Anliegerstraßen/Tempo-30-Zonen/verkehrsberuhigte Bereiche/Radwege/kombinierte Geh- und Radwege/Parkbuchten	280
1.3.4.3.3	Unzumutbarkeit aus anderen Gründen als denjenigen des Verkehrs	282
1.3.4.3.4	Übertragung der Gehwegreinigung und Gedanke der Zumutbarkeit	285
1.3.5	Reaktion auf Verstöße gegen Reinigungspflichten	287
1.3.6	Übertragung der Reinigungspflichten der Anlieger auf Andere	290
2	Organisation und Haftung	293
2.1	Dienstanweisungen, Reinigungs-/Streupläne und Reinigungs-/ Streubücher.	296
2.2	Ordnungsgemäßes Funktionieren der Organisation	302
2.3	Auswahl-, Schulungs- und Überwachungspflichten.	318
2.3.1	Auswahl und Schulung der Mitarbeiter	318
2.3.2	Kontrolle der/durch die eigenen und fremden Mitarbeiter	319
2.3.3	Kontrolle von Anliegern.	320
2.4	Verletzung von Reinigungs-/Verkehrssicherungspflichten	324
2.5	Beweislast	331
2.6	Haftungsumfang/Prüfung des Mitverschuldens.	338
2.7	Zulässigkeit der Klage und von Rechtsmitteln.	348
2.8	Einzelfälle	350
2.8.1	Haftung bei überobligationsmäßiger Leistung.	350
2.8.1.1	Bildung von Gewohnheitsrecht	350
2.8.1.2	Haftung für Mängel bei der Durchführung	351
2.8.2	Rechtsfolgen von Schildern „Kein Winterdienst“	351

Inhaltsverzeichnis

2.8.3	Haftung bei Verletzung einer gesteigerten Überwachungspflicht	353
2.8.4	Haftung beim Defekt bzw. Fehlen von Streufahrzeugen oder Personal	353
2.8.5	Haftung bei Streusalzschäden.	354
2.8.6	(Unterlassungs-)Ansprüche beim Zuschippen	360
2.8.7	Haftung bei Lackschäden durch Granulatstreuung	362
2.8.7.1	Auffassung der Instanzrechtsprechung.	363
2.8.7.2	Grundsatzurteil des BGH	363
2.8.7.3	Konsequenzen aus dem Urteil des BGH	364
2.8.7.4	Spezieller Fall des LG Bielefeld	365
2.8.7.5	Sonderproblem der Gerichtszuständigkeit.	366
2.8.8	Haftung für Reinigungsfahrzeuge	367
2.8.9	Strafrechtliche Konsequenzen	369
2.9	Privatisierung der Reinigung	372
2.9.1	Haftungsrechtliche Konsequenzen.	381
2.9.2	Wegfall des Verweisungsprivilegs.	386
3	Reinigung aus ökologischer Sicht	389
3.1	Sommerreinigung: Einsatz von chemischen Unkrautbekämpfungsmitteln	389
3.2	Richtiges Streumittel im Winterdienst	390
3.2.1	LG Bochum, U. v. 20. 11. 1980	390
3.2.2	OLG Hamm, U. v. 5. 5. 1981	391
3.2.3	OLG Celle, U. v. 17. 9. 1986	391
3.2.4	OLG Hamm, U. v. 28. 11. 1986.	391
3.2.5	LG Hamburg, U. v. 10. 10. 1986/OLG Hamburg, U. v. 10. 3. 1987	392
3.2.5.1	Winterdienstkonzept der Freien und Hansestadt Hamburg	392
3.2.5.2	Inhalt der Urteile	393
3.2.6	OLG Hamm, U. v. 4. 11. 1988	393
3.2.7	Kammergericht, U. v. 26. 5. 1989	393
3.2.8	OLG Düsseldorf, U. v. 16. 11. 1989	394
3.2.9	OLG München, U. v. 7. 12. 1989	395
3.2.10	VGH Kassel, B. v. 28. 9. 1990	395
3.2.10.1	Vorgeschichte	395
3.2.10.2	Inhalt der Entscheidung	396
3.2.10.3	Juristische Bewertung.	396

3.2.10.4	Auswirkungen der Entscheidung	397
3.2.11	VG Berlin, U. v. 14. 11. 1990	399
3.2.12	OLG Stuttgart, U. v. 20. 5. 1992	399
3.2.13	BGH, U. v. 1. 7. 1993	400
3.2.14	LG Waldshut-Tiengen, U. v. 14. 2. 1995	401
3.2.15	LG Ravensburg, U. v. 10. 6. 1996	401
3.2.16	LG Ellwangen, U. v. 21. 5. 1999	402
3.2.17	OLG Nürnberg, U. v. 27. 9. 2000	402
3.2.18	LG Rottweil, U. v. 28. 1. 2008	402
3.3	Verallgemeinernder Ansatz zur Prüfung, welches Streumittel das richtige ist	403
3.3.1	Art der Straße/Art der Stelle.	404
3.3.1.1	Wohnstraßen/Wohnsammelstraßen	404
3.3.1.2	Hauptverkehrsstraßen und klassifizierte Straßen	404
3.3.1.3	Gehwege	405
3.3.1.4	Privatgrundstücke.	408
3.3.2	Konkrete Witterung/Einsatzbereich des Streustoffs.	409
3.4	Wirkungen auftauender Stoffe	411
3.5	Wirkungen abstumpfender Stoffe	413
3.6	Rechtliche Konsequenzen aus diesen Überlegungen	418
3.7	Tatsächliche Möglichkeiten zur Streusalzreduzierung	424
3.8	Einsatz von Feuchtsalz	427
3.9	Tatsächliches Verhalten von Kommunen im Winterdienst	429
3.10	Ausländische Erfahrungen	432
3.11	Wirksamkeit von Winterdienst	435
3.12	Winterverhaltensdiskussion	436
3.13	Ergebnisse des 27. und 41. Deutschen Verkehrsgerichtstags	438
3.14	Weitere gute Vorschläge	440
3.14.1	Abel-Lorenz/Eisberg	440
3.14.2	Landesregierung Nordrhein-Westfalen	440
3.14.3	Städte- und Gemeindebund	441
4	Reinigung und Gebühren.	443
4.1	Kommunale Pflicht zur Gebührenerhebung, besonders auch beim Winterdienst	448
4.2	Voraussetzungen der Gebührenerhebung.	458
4.2.1	Vorhandensein einer gültigen Gebührensatzung	458

Inhaltsverzeichnis

4.2.2	Tatsächliche ordnungsgemäße Reinigung	464
4.2.2.1	Entscheidend: Reinigungsergebnis der erschließenden Straße	466
4.2.2.2	Ordnungsgemäße Reinigung bei Verkehrsberuhigungsmaßnahmen	467
4.2.2.3	Ordnungsgemäße Reinigung bei parkenden Fahrzeugen .	468
4.2.2.4	Untersuchung, ob diese Fälle zur Gebührenermäßigung führen	470
4.2.2.5	Ordnungsgemäße Reinigung und „milder Winter“	470
4.2.2.5.1	Andere Reinigungsart wird durchgeführt.	471
4.2.2.5.2	Weder Sommerreinigung noch Winterdienst werden durchgeführt.	471
4.2.2.6	Beweislast hinsichtlich der Ordnungsgemäßheit einer Reinigung	476
4.2.3	Gebührenerhebung bei den Eigentümern (bzw. den ihnen gleichgestellten Personen) der durch die Straße erschlossenen Grundstücke	476
4.2.3.1	Begriff des Grundstücks	477
4.2.3.2	Einzelfälle	480
4.2.3.3	Begriff der Erschließung.	480
4.2.3.4	Begriff der eigenständig erschließenden Straße.	489
4.2.3.5	Gebührenerhebung außerhalb geschlossener Ortslagen	496
4.2.3.6	Eigentümer (bzw. gleichgestellte Personen) als Gebührensschuldner	498
4.3	Kalkulation des Gebührensatzes	502
4.3.1	Bemessungsgrundlagen.	504
4.3.2	Berücksichtigung des Allgemeininteresses	517
4.3.3	Erhebung einer Grundgebühr	524
4.3.4	Gebührenermittlung bezogen auf die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung insgesamt	528
4.3.5	Bildung von Abrechnungsgebieten.	529
4.3.6	Differenzierung nach der Verkehrsbedeutung der Straßen	530
4.3.7	Grenze der Gebührenerhebung bei Kleinbeträgen.	531
4.4	Verteilung der Gebührensätze auf die Grundstückseigentümer	531
4.4.1	Gebührenmaßstäbe.	533
4.4.2	Gebührenberechnung und Eckgrundstücke	555

Inhaltsverzeichnis

4.4.3	Heranziehung von Hinterliegern zu Reinigungsgebühren	559
4.4.4	Gedanke der Einheit der Reinigung von Kommune und Anliegern	570
4.4.5	Entstehen und Fälligkeit der Gebühr; Festsetzungs- und Erstattungsfragen	570
4.5	Zum Rechtsweg bei Streitigkeiten wegen Straßenreinigungsentgeltforderungen	574
4.6	Rechtspolitische Entwicklungen	575
Anhänge		579
Anhang 1	Muster einer Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) des NWStGB „Straßenreinigung 2006“	581
Anhang 2	Muster einer Dienstanweisung zur Kontrolle der Straßen, Wege und Plätze (BADK)	591
Anhang 3	Muster eines Räum- und Streuplans (BADK)	595
Anhang 4	Muster eines Einsatzplans zum Räum- und Streuplan (BADK)	603
Anhang 5	Muster eines Übertragungsvertrags (Privatisierung) für die Straßenreinigung (Sommerreinigung)	605
Anhang 6	Muster eines Übertragungsvertrags (Privatisierung) für den Winterdienst	611
Anhang 7	Besetzung von Winterdienstfahrzeugen mit Beifahrern (Empfehlungen des Bundesverbandes der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand)	617
Literaturverzeichnis		619
Stichwortverzeichnis		641